

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article 21:

By Mr Joschka Fischer

Status : - Member

Artikel 21: [Polizeiliche Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit]

(1) Die Union entwickelt eine Zusammenarbeit zwischen ~~allen für die innere Sicherheit zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten, einschließlich der Polizei, den Zollbehörden und~~ anderer auf die Prävention oder die Bekämpfung~~Aufdeckung~~ von Straftaten ~~sowie deren Ermittlung~~ spezialisierter Stellen der Mitgliedstaaten.

(2) Zu diesem Zweck erlassen das Europäische Parlament und der Rat nach dem Gesetzgebungsverfahren Gesetze und Rahmengesetze betreffend

- das Einholen, Speichern, Verarbeiten, Analysieren und Austauschen sachdienlicher Informationen;
- ~~die Aus- und Weiterbildung und den~~ Austausch von Personal ~~sowie Ausrüstungsgegenstände und Forschung;~~Mindeststandards für Aus- und Weiterbildung sowie Ausrüstungsgegenstände;
- Austausch im Bereich kriminaltechnischer Forschung;
- gemeinsame Ermittlungstechniken.

~~sonstige nicht unter Absatz 3 fallende Maßnahmen, die die Zusammenarbeit zwischen den in diesem Artikel genannten Behörden erleichtern.~~

(3) ~~Der Rat kann einstimmig Gesetze und Rahmengesetze erlassen, die die operative Zusammenarbeit zwischen den in diesem Artikel genannten Behörden betreffen. Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments.~~Abweichend von Absatz 2 kann der Rat einstimmig nach Anhörung des Europäischen Parlaments Gesetze und Rahmengesetze in folgenden Bereichen erlassen:

- Schaffung neuer Einrichtungen im Bereich dieses Kapitels,
- Veränderung von Aufgaben und Zuständigkeiten bestehender Einrichtungen und
- Zusammenarbeit zwischen den in diesem Artikel genannten Behörden.

Explanation:

Überschrift: Die Formulierung „alle für die innere Sicherheit zuständigen Behörden“ ist zu weit gefasst.

Die Regelung in Absatz 2, 3. Spiegelstrich, ist nicht ausreichend bestimmt, um eine klare Abgrenzung vom Anwendungsbereich des Absatzes 3 sicherzustellen. Daher sollte dieser Spiegelstrich entfallen.

Absatz 3: In einzelnen, eng definierten Bereichen der polizeilichen Zusammenarbeit sollte weiterhin Einstimmigkeit gelten.